

Schäftsnummer:

StS 20/50

15/50)

Kein Leitsatz

26

Verhandelt am 23. Mai 50

26. Mai 1950

Für Regierungsinspektor

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Im Namen des Rechts!

Strafsache gegen den Schiffsmaschinenbauer Franz Ludwig Emil Arnold Meyer, geboren am 7. Juli 1910 in Hamburg,

wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Auf die Revision des Angeklagten

gegen das Urteil des Schwurgerichts — ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ — in Hamburg

vom 12. Oktober 1949 hat der ^{I.} ~~XXXXXXXXXXXXXXXX~~ Strafsenat des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Köln in der Sitzung vom 23. Mai 1950, an der teilgenommen haben:

Senatspräsident Prof. Dr. Staff

als Vorsitzender,

Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Geier,

Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Jagusch

als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Schrübbers

als ~~Vize-Oberstaatsanwalt~~

Beamter der Staatsanwaltschaft

~~als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle~~

für Recht erkannt:

Die Revision des Angeklagten wird auf seine Kosten verworfen. Die Untersuchungshaft wird ihm angerechnet, soweit sie drei Monate übersteigt.

G r ü n d e :

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Jahren 1933/1934 als damaliger Hilfspolizeibeamter im Konzentrationslager Fuhlsbüttel politische Häftlinge allein und gemeinsam mit anderen Beamten mißhandelt zu haben. Er ist verurteilt wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Körperverletzung im Amte in 22 Fällen, 2 davon in sich fortgesetzt, 11 Fälle davon in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung, davon wiederum 2 in Tateinheit mit Beihilfe zur Aussageerpressung (KRG.10 Art. II 1c, §§ 340, 343, 359, 223, 223a, 73, 74 StGB.). Seine Revision ist unbegründet. ,

Die Verfahrensrüge ist nicht ausgeführt. Auf die Sachrüge war die gesamte sachliche Rechtsanwendung zu prüfen. Das angefochtene Urteil weist keinen den Angeklagten beschwerenden Rechtsfehler auf.

Den Ausführungen des Schwurgerichts zum KRG.10 Art. II 1c ist ~~lediglich~~ beizutreten. Die Revision beschränkt sich insoweit auch darauf, die Unanwendbarkeit des KRG.10 vor deutschen Gerichten seit dem Erlass des Bundesgrundgesetzes zu behaupten. Damit hat sie aber keinen Erfolg. Der Senat hat bereits in den Entscheidungen vom 21.3.1950 (OGHSt.Bd.2 S.361 und S.375) eingehend dargelegt, dass sich die Rechtslage insoweit weder durch das Grundgesetz noch durch die Stellungnahme der Militärgouverneure zum Grundgesetz oder durch andere Maßnahmen oder Erklärungen der britischen Besatzungsmacht geändert habe. Auf diese Ausführungen wird verwiesen.

Die strafrechtliche Beamteneigenschaft des Angeklagten zur Tatzeit ist genügend dargetan. Der Angeklagte war damals als Hilfspolizist von der Personalstelle des Polizeipräsidiums in Hamburg angestellt. Das Schwurgericht führt aus, im Lager Fuhlsbüttel habe er staatliche Hoheitsaufgaben bei der Bewachung der Häftlinge wahrgenommen. Das sei ihm auch bekannt gewesen. Die zwar knappen Urteilsfeststellungen ergeben in tatsächlicher Beziehung jedenfalls, dass es sich bei dem Lager Fuhlsbüttel zur Tatzeit um eine staatliche Einrichtung mit staatlichen Bediensteten gehandelt hat, und dass der Angeklagte zu diesem Personenkreis gehört hat. Der Satz im Urteil, es komme nicht darauf an, "ob beziehungsweise ab wann ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis" des Angeklagten bestanden habe, will offensichtlich nur sagen, es sei strafrechtlich gleichgültig, ob der Angeklagte damals Beamter im staatsrechtlichen Sinne oder Behördenangestellter war. Das trifft zu. § 359 StGB. ist daher richtig angewandt.

Dasselbe gilt für die §§ 340, 223, 223a, 343, 49, 73, 74 StGB. Dem Schwurgericht ist auch hier überall beizutreten. Das Urteil legt ausreichend dar, dass der Angeklagte in den Fällen 1, 2a, 2b (3 Fälle), 2d, 4, 5, 6a, b und c, 7, 9 (2 Fälle), 10, 12, 13, 16, 18, 19a und b und 20, also in 22 Fällen als Beamter in Ausübung seines Amtes Körperverletzungen begangen hat. Das trifft auch für das "Pumpenlassen" bis zur Erschöpfung und für das Verabreichen von Salzheringen an Häftlinge unter Wasserentzug nach mehrtägigem Hungern zu (Fälle 5, 6b und c, 16). In 11 Fällen von diesen 22, nämlich in den Fällen 1, 2a, 2b (3 Fälle), 4, 5, 6a, 19a, 19b und 20 sind die Voraussetzungen des § 223a StGB. ausreichend dargetan, und zwar in Tateinheit mit

der Körperverletzung im Amte. In diesen Fällen sind die Körperverletzungen teils von mehreren gemeinschaftlich, teils mittels gefährlicher ~~Schlag~~Werkzeuge begangen. Dass das Schwurgericht im Falle 16 (Kleekamp) trotz der Mißhandlung mit dem Gummiknüppel und durch mehrere gemeinsam den § 223a StGB. nicht angewandt hat, beschwert den Angeklagten nicht. Beihilfe zur Aussageerpressung (§§ 343, 49 StGB. in den Fällen 2a und 4 ist mit Recht angenommen. Die Grundsätze über den Fortsetzungszusammenhang und die §§ 73, 74 StGB. sind beachtet. Tateinheit zwischen Körperverletzung im Amte und gefährlicher Körperverletzung ist möglich und hier gegeben (RGSt.Bd.75 S. 359). Im Falle 6b war die Nachtragsanklage entbehrlich, weil dieser Fall zu dem einheitlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört, das dem Angeklagten von der Anklage von vornherein zur Last gelegt wurde (OGHSt.Bd.1 S.261).

Die Revision nimmt an, die Verordnung des Zentraljustizamts zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.Mai 1947 sei seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes ungültig, die Strafverfolgung nach deutschem Recht daher in allen Fällen verjährt. Worauf sie diese völlig verfehlte Ansicht gründet ist nicht ausgeführt. Die Verordnung vom 23.5.1947 gilt vielmehr in der britischen Zone noch immer, da sie nicht aufgehoben ist. Auch die Strafzumessung weist keinen Rechtsfehler auf. Die Revision war hiernach zu verwerfen. Die seit dem Urteil im ersten Rechtszuge verbüsste Untersuchungshaft ist dem Angeklagten billigerweise angerechnet worden, soweit sie drei Monate übersteigt (1/60 (1283)

Quapp

H. Geier.

Jörg.